



Aktuelle Informationen aus Brüssel

Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

Nr. 07/09 vom 27.07.2009

I.	Aus den Fachbereichen.....	2
1.	Justiz	2
1.1.	Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung in Strafverfahren	2
1.2.	Fluggastrechte	2
1.3.	Zustellung außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen.....	2
1.4.	Marken- und Patentrecht: Zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet	3
1.5.	EuGH: Schlussanträge zum Verbot der Altersdiskriminierung bei Kündigungsfristen	3
1.6.	Eurojust Jahresbericht 2008 veröffentlicht.....	3
2.	Polizei und Katastrophenschutz	4
2.1.	Drei Personen auf der sog. EU-Terrorliste hinzugekommen	4
2.2.	Vorschlag zur Akkreditierung von kriminaltechnischen Labortätigkeiten.....	4
2.3.	Gegenseitige Anerkennung von Führerscheinen	4
3.	Inneres.....	4
3.1.	Gemeinsame Agentur SIS II, VIS und EURODAC	4
3.2.	Europäische Kommission schlägt Visabefreiung für Mazedonien, Montenegro und Serbien vor	5
3.3.	Anwendungshinweise der Europäischen Kommission zur Umsetzung der Freizügigkeitsrichtlinie	5
3.4.	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung veröffentlicht Jahresbericht 2008	5
4.	Verkehr	5
4.1.	Aufruf zur Erstellung des „Clean Vehicle Portals“.....	5
4.2.	TEN-V Förderung 2009: BBI auf der Liste.....	6
5.	Wirtschaft.....	6
5.1.	Mittelmeerunion: Aufstockung des Budgets	6
5.2.	3,2 Mrd. EUR zur Stärkung der Wirtschaft	6
6.	Energie	6
6.1.	Beihilfe für Investitionsvorhaben im polnischen Energiesektor genehmigt.....	6
6.2.	Neue Vorschriften zur Prävention und Bewältigung von Gasversorgungskrisen	7
6.3.	Neue Infrastrukturvorhaben in EU- Nachbarstaaten.....	7
7.	Arbeit und Soziales.....	7
7.1.	EuGH: Schlussanträge zum Verbot der Altersdiskriminierung bei Kündigungsfristen	7
8.	Bildung und Jugend	7
8.1.	Grünbuch: „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“	7

8.2.	„Sei gesund, sei du selbst“	8
8.3.	Neue Studie: Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa.....	8
9.	Land- und Forstwirtschaft	8
9.1.	Milchmarktkrise: Reaktionen zum Milchmarktbericht der Kommission	8
9.2.	Zusätzliche 59 Mio. Euro für Impfungen gegen Blauzungenkrankheit	9
10.	Verschiedenes	9
10.1.	Drei neue EU-Kommissare in Brüssel ernannt	9

I. Aus den Fachbereichen

1. Justiz

1.1. Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung in Strafverfahren

Am 8. Juli 2009 hat die Kommission den Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates angenommen (KOM(2009) 338), wonach EU-weite Mindestnormen für das Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung in Strafverfahren eingeführt werden (in Anlehnung an den abgelehnten Kommissionsvorschlag aus dem Jahre 2004). Der Vorschlag ist als Auftakt eines umfassenden legislativen Maßnahmenpakets zur EU-weiten Regelung von Verfahrensrechten zu sehen; Initiativen zu weiteren Verfahrensrechten sind bereits für das kommende Mehrjahresprogramm geplant.

Damit Verdächtige, die die verwendete Sprache weder verstehen noch sprechen, die Gerichtsverhandlung in ihrer Sprache mitverfolgen können, wird ihnen während des gesamten Verfahrens ein Dolmetscher zur Seite gestellt. Zudem sollen die maßgeblichen Prozessunterlagen übersetzt werden. Die Übersetzungs- und Dolmetscherdienste müssen kostenlos in hinreichend guter Qualität zur Verfügung gestellt werden. Nachdem der Rat dem Vorschlag zugestimmt und das Europäische Parlament angehört hat, müssen die Mitgliedstaaten die neuen Bestimmungen innerhalb von zwei Jahren in innerstaatliches Recht umsetzen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0338:FIN:DE:PDF>

(Svea Bernhöft)

1.2. Fluggastrechte

1. Nach dem Urteil des EuGH vom 9. Juli 2009 (C-204/08) können Fluggäste eines innergemeinschaftlichen Fluges ihre Klage auf pauschalen Ausgleich im Fall einer Annullierung des Fluges sowohl beim Gericht des Abflugortes als auch beim Gericht des Ankunftsortes erheben.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-204/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-204/08)

2. In ihren Schlussanträgen in den verbundenen Rechtssachen C-402/07 und C-432/07 kritisierte die Generalanwältin die Unterscheidung von Flugannullierungen und Flugverspätungen mit Blick darauf, dass entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 eine Ausgleichszahlung nur bei Annullierungen vorgesehen ist, nicht jedoch bei Verspätungen. Sie zweifelt an, dass der Grundsatz der Gleichbehandlung gewahrt bleibe.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-432/07](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-432/07)

VO: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:046:0001:0007:DE:PDF>

(Svea Bernhöft)

1.3. Zustellung außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen

Mit Urteil vom 25. Juni 2009 (C-14/08) hat der EuGH entschieden, dass auch die Zustellung außergerichtlicher Schriftstücke zwischen Privatpersonen außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens

(hier: notarielle Urkunde zur einseitigen Auflösung von Grundstückskaufverträgen) in den Anwendungsbereich der Verordnung über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedstaaten (MS) fällt (Verordnung (EG) Nr. 1348/2000). Der EuGH stellte klar, dass die Verordnung (VO) den Begriff des außergerichtlichen Schriftstücks nicht genau und einheitlich definiere, dieser aber gemeinschaftsrechtlich auszulegen sei. Die angestrebte justizielle Zusammenarbeit könne sich sowohl innerhalb als auch außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens manifestieren, so dass nicht notwendigerweise ein gerichtliches Verfahren Voraussetzung für die Zustellung einer notariellen Urkunde nach der Zustellungsverordnung sei. Befürchtungen, diese weite Auslegung überfordere die Ressourcen der in den verschiedenen MS für die Zustellung zuständigen nationalen Gerichte, begegnete der EuGH mit dem Hinweis, dass es den MS frei stehe, andere Stellen mit diesen Aufgaben zu betrauen.

VO: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2000:160:0037:0052:DE:PDF>

Urteil: <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Submit&numaff=C-14/08>

(Svea Bernhöft)

1.4. Marken- und Patentrecht: Zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet

Nach dem deutschen Marken- und Patentrecht müssen Patentanwälte, die beim deutschen Patentamt ein Patent anfechten wollen, über eine Anschrift in Deutschland verfügen. Eine solche Auflage ist nach Auffassung der Kommission unverhältnismäßig und nicht mit der in Artikel 49 EG-Vertrag garantierten Dienstleistungsfreiheit zu vereinbaren. Mangels Änderung der fraglichen Bestimmungen hat die Kommission nunmehr beschlossen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland zu richten, und damit die zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens nach Artikel 226 EG-Vertrag eingeleitet. Erhält die Kommission binnen zwei Monaten keine zufriedenstellende Antwort, kann sie den EuGH anrufen.

(Svea Bernhöft)

1.5. EuGH: Schlussanträge zum Verbot der Altersdiskriminierung bei Kündigungsfristen

Am 7. Juli 2009 hat der Generalanwalt in der Rechtssache C-555/07 seine Schlussanträge gestellt. Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Frage der Vereinbarkeit der Richtlinie 2000/78/EG – Verbot der Altersdiskriminierung – mit den nationalen Kündigungsregelungen, wonach bei der Berechnung der Kündigungsfrist die Beschäftigungszeit, die vor der Vollendung des 25. Lebensjahres des Arbeitnehmers liegt, unberücksichtigt bleibt. Der Generalanwalt hält eine altersabhängige Staffelung von Kündigungsfristen (wie hier in § 622 BGB) für europarechtswidrig. Die strittige Regelung soll generell nicht mehr zur Anwendung kommen, unabhängig davon, ob und wann sie geändert wird. Das Urteil des EuGH wird zum Jahresende erwartet. [http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-555/07](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-555/07)

(Svea Bernhöft)

1.6. Eurojust Jahresbericht 2008 veröffentlicht

Nach dem Eurojust Jahresbericht 2008 stieg die Anzahl der registrierten Fälle im Vergleich zu 2007 um 10% auf insgesamt 1193 Fälle. Eurojust registrierte 50 verschiedene Typen krimineller Aktivitäten. Der größte Anteil entfällt auf den Drogenhandel und die Eigentumsdelikte einschließlich dem Betrug. Die meisten der im Jahresbericht 2007 dargelegten Ziele wurden erreicht bzw. befinden sich in der Umsetzung. Bericht mit Sprachauswahl (bisher noch nicht in deutsch, wird jedoch erwartet): http://www.eurojust.europa.eu/press_annual_report_2008.htm

(Svea Bernhöft)

2. Polizei und Katastrophenschutz

2.1. Drei Personen auf der sog. EU-Terrorliste hinzugekommen

Nachdem der Sanktionsausschuss des VN-Sicherheitsrates am 29. Juni 2009 beschlossen hatte, die Liste der Personen, deren Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen eingefroren werden sollen (siehe hierzu auch „Aktuelle Informationen aus Brüssel 06/09“), um drei Namen zu erweitern, wurde am 9. Juli 2009 die aktualisierte sog. EU-Terrorliste im Amtsblatt der EU veröffentlicht.

Verordnung (EG) Nr. 601/2009 vom 9. Juli 2009:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:179:0054:0055:DE:PDF>

Mitteilung (2009/C 157/09) an die neu aufgenommenen Personen:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:157:0018:0019:DE:PDF>

(Svea Bernhöft)

2.2. Vorschlag zur Akkreditierung von kriminaltechnischen Labortätigkeiten

Die Regierungen Schwedens und Spaniens haben einen „Rahmenbeschluss über die Akkreditierung von kriminaltechnischen Labortätigkeiten“ vorgelegt, damit Ergebnisse von Labortätigkeiten in einem MS in anderen MS als gleichwertig anerkannt werden. In dem Entwurf wird betont, dass die Akkreditierung die erforderlichen Garantien böten, dass Labortätigkeiten nach internationalen Normen und Leitlinien durchgeführt würden. Der verstärkte Austausch von Informationen in Bezug auf kriminaltechnisches Beweismaterial (z.B. DNA-Profile und Fingerabdrücke, auch mit Blick auf die Identifizierung von Opfern) und die zunehmende Verwendung von Beweismaterial aus einem MS in Gerichtsverfahren anderer MS mache deutlich, dass eine ausreichend hohe Qualität der Daten sichergestellt werden müsse. <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st10/st10964.de09.pdf> (Svea Bernhöft)

2.3. Gegenseitige Anerkennung von Führerscheinen

Mit Urteil vom 26. Juni 2009 in den verbundenen Rechtssachen C-329/06 und C-343/06 sowie C-334/06 und C-336/06 hat der EuGH nochmals bestätigt, dass die von den MS ausgestellten Führerscheine gegenseitig anzuerkennen sind, und zwar auch dann, wenn zuvor eine Fahrerlaubnis wegen z.B. Drogenkonsum oder Trunkenheit im Straßenverkehr entzogen worden war. Es obliegt allein dem ausstellenden MS, zu prüfen, ob die Mindestvoraussetzungen zur Ausstellung eines Führerscheins vorliegen, insbes. das Wohnsitzerfordernis und die Fahreignung gegeben sind. Sollten sich nachträglich Zweifel ergeben, obliegt es allein dem ausstellenden MS, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Einem zur Anerkennung verpflichtetem MS bleibt insoweit nur die Möglichkeit, bestehende Zweifel begründet mitzuteilen; erst bei Unterlassen geeigneter Maßnahmen kann ein Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 227 EG eingeleitet werden.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de> (jeweiliges Aktenzeichen eingeben)

(Svea Bernhöft)

3. Inneres

3.1. Gemeinsame Agentur SIS II, VIS und EURODAC

Die Kommission hat ein Legislativpaket zur Einrichtung einer Betriebsagentur für die IT Großsysteme SIS II, VIS und EURODAC verabschiedet. Neben der Sicherstellung des Betriebs der Systeme sollen Forschung, Fortbildung und Veröffentlichungen von Statistiken durch die Agentur erfolgen. Die Gesamtkosten für die Einrichtung sollen im Zeitraum 2010 – 2013 bis zu 113 Mio. Euro betragen. Mehr unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/991&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(Stefan Pohl)

3.2. Europäische Kommission schlägt Visabefreiung für Mazedonien, Montenegro und Serbien vor

Die Europäische Kommission hat am 15. Juli 2009 eine Änderung der Visalistenverordnung 539/2001 vorgeschlagen, um die Bürger Mazedoniens, Montenegros und Serbiens von ihrer bisherigen Visumpflicht für die Einreise in die EU zu befreien. Diese Befreiung von der Visumpflicht soll nur für Inhaber biometrischer Reisepässe gelten. Über den Vorschlag entscheidet nunmehr der Rat mit qualifizierter Mehrheit nach Anhörung des Europäischen Parlamentes. Kommission und schwedische Ratspräsidentschaft streben eine zügige Entscheidung an, damit die Visumfreiheit bereits zum 1. Januar 2010 in Kraft treten kann. Die Pressemitteilung der Kommission vom 15. Juli 2009 kann hier abgerufen werden:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1138&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>.

(Roland Stevener)

3.3. Anwendungshinweise der Europäischen Kommission zur Umsetzung der Freizügigkeitsrichtlinie

Die Europäische Kommission hat am 2. Juli 2009 ihre lange angekündigten Anwendungshinweise zur Umsetzung und Anwendung der Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten (Freizügigkeitsrichtlinie) erlassen. Die Anwendungshinweise gehen auf einen Bericht der Kommission zurück, wonach die Mitgliedstaaten die Freizügigkeitsrichtlinie nicht korrekt umgesetzt hätten. Die Leitlinien sollen nunmehr Information und Unterstützung zu Fragen bieten, die im Rahmen der Umsetzung und Anwendung von Gemeinschaftsrecht bisher Probleme bereitet haben. Die Anwendungshinweise nebst Pressemitteilung vom 2. Juli 2009 können hier abgerufen werden:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0313:FIN:DE:PDF>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1077&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>.

(Roland Stevener)

3.4. Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung veröffentlicht Jahresbericht 2008

Das seit 10 Jahren bestehende Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) hat am 9. Juli 2009 seinen Jahresbericht für 2008 vorgelegt. Danach ist die Zahl der eingehenden Informationen und Hinweise im vergangenen Jahr auf insgesamt 1000 angestiegen. 204 Untersuchungen wurden im Berichtszeitraum von OLAF neu eingeleitet. Der aktuell vorgelegte Tätigkeitsbericht, der neben der Arbeit des letzten Jahres auch innovative Methoden der Betrugsaufdeckung beschreibt, kann unter folgendem Link abgerufen werden: www.ec.europa.eu/atwork/synthesis/aar/doc/olaf_aar.pdf. Die Pressemitteilung der Kommission vom 9. Juli 2009 findet sich unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=OLAF/09/9&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>.

(Roland Stevener)

4. Verkehr

4.1. Aufruf zur Erstellung des „Clean Vehicle Portals“

Die Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (EAWI) (engl: Executive Agency for Competitiveness and Innovation=EACI) veröffentlichte im Juli einen Aufruf zur Unterstützung der Umsetzung der Richtlinie über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge

(Richtlinie 2009/33/EG). Der zukünftige Auftragnehmer – oder ein Konsortium – soll die Aufgabe übernehmen eine Plattform zu entwickeln, von der Informationen und Daten für die breite Öffentlichkeit abrufbar ist. Das Portal soll „Clean Vehicle Portal“ heißen. Es ist ein 2 Jahres- Vertrag geplant. Bewerbungen aus den 27 Mitgliedstaaten sowie Norwegen, Island, Liechtenstein und Kroatien sind möglich. Die Bewerbungen müssen bis Montag, 21. September 2009, 16:00 Uhr in Brüssel sein. Mehr unter: http://ec.europa.eu/energy/intelligent/tender/index_en.htm

Die EAWI wurde durch die Europäische Kommission gegründet. Sie verwaltet die vier Programme: Intelligente Energie – Europa, Marco Polo, Enterprise Europe Network und Echo-Innovation. (Ellen Kray)

4.2. TEN-V Förderung 2009: BBI auf der Liste

Die EU- Kommission gibt im Rahmen jährlicher Arbeitspläne Finanzhilfen im Bereich des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V). Gefördert werden einzelne Verkehrsprojekte mit europäischer Bedeutung. Im Jahr 2009 werden diese Mittel (2009: 140 Mio) um 500 Millionen Euro aus dem Europäischen Konjunkturpaket (European Economic Recovery Plan= EERP) ergänzt. Es erfolgen dazu jährlich Ausschreibungen, im Jahr 2009 wurde sie am 31. März veröffentlicht und am 15. Mai geschlossen.

Nach der ersten Prüfung der Anträge auf Mittel aus dem EERP sind Förderungen für den Ausbau des Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI) vorgesehen und zwar für die Errichtung des Fluggastterminal (30 Mio.) sowie den Neubau eines Towers (3,4 Mio.). Die endgültigen Entscheidungen trifft die EU-KOM nach Abstimmung mit dem Parlament im September. Mehr unter:

http://tentea.ec.europa.eu/en/apply_for_funding/follow_the_funding_process/calls_for_proposals_2009.htm

(Ellen Kray)

5. Wirtschaft

5.1. Mittelmeerunion: Aufstockung des Budgets

Anlässlich des ersten Jahrestages der Gründung der Union für den Mittelmeerraum kündigt die Europäische Kommission am 10. Juli 2009 eine Aufstockung des Budgets von 72 Mio. EUR für 2009-2010 an. Als Schwerpunkte werden die Sanierung der Umwelt im Mittelmeerraum, Infrastruktur, alternative Energiequellen, Hochschulbildung und Forschung und Investitionsförderung benannt. Mehr unter: http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/index_en.htm

(Christian Neumann)

5.2. 3,2 Mrd. EUR zur Stärkung der Wirtschaft

Die Europäische Kommission hat am 13. Juli 2009 zusammen mit der Wirtschaft eine Investition von 3,2 Mrd. EUR zur Erholung und Stärkung der Wirtschaft beschlossen. Der Text der Gemeinsamen Erklärung und das Paket an Pressemitteilungen zum Europäischen Konjunkturprogramm ist abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/research/index.cfm?pg=newsalert&lg=en&year=2009&na=ppp-310309> und <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0800:FIN:EN:PDF>

(Christian Neumann)

6. Energie

6.1. Beihilfe für Investitionsvorhaben im polnischen Energiesektor genehmigt

Die Europäische Kommission genehmigte am 16. Juli 2009 Beihilfe von maximal 170 Mio. EUR für Investitionsvorhaben im polnischen Energiesektor. Die Investitions soll zur Modernisierung der

Stromverteilungsnetze durch Verringerung der Energieverluste genutzt werden. Sobald alle Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz vertraulicher Daten geklärt sind, wird die nichtvertrauliche Fassung der Entscheidung über das Beihilfenregister (http://ec.europa.eu/competition/state_aid/register/) auf der Website der GD Wettbewerb unter der Nummer [N 55/2009](#) und [N 56/2009](#) zugänglich gemacht.
(Christian Neumann)

6.2. Neue Vorschriften zur Prävention und Bewältigung von Gasversorgungskrisen

In Form einer Verordnung hat die Europäische Kommission am 16. Juli 2009 neue Vorschriften zur Prävention und Bewältigung von Gasversorgungskrisen verabschiedet. Das Hauptaugenmerk der neuen Verordnung liegt darauf, dass das vorhandene EU-System für die Erdgasversorgungssicherheit gestärkt wird. Somit können alle Mitgliedstaaten und Akteure des Erdgasmarktes rechtzeitig wirksame Maßnahmen treffen, um den Folgen potentieller Erdgasversorgungsstörungen vorzubeugen. Weitere Informationen finden sich unter: http://ec.europa.eu/energy/strategies/2009/2009_07_ser2_en.htm
(Christian Neumann)

6.3. Neue Infrastrukturvorhaben in EU- Nachbarstaaten

Mit einem Beschluss vom 20. Juli 2009 stellt Europäische Kommission 70 Mio. EUR für wichtige Infrastrukturvorhaben in EU- Nachbarstaaten bereit. Schwerpunkt der Förderung sind die Länder, die bereits einen Aktionsplan mit der EU unterzeichnet haben, d.h. Ägypten, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Jordanien, Libanon, Marokko, Republik Moldau, die besetzten palästinensischen Gebiete, Tunesien und die Ukraine. Zusätzliche Informationen unter: http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/regional-cooperation/irc/investment_en.htm
http://ec.europa.eu/world/enp/index_en.htm
(Christian Neumann)

7. Arbeit und Soziales

7.1. EuGH: Schlussanträge zum Verbot der Altersdiskriminierung bei Kündigungsfristen

Am 7. Juli 2009 hat der Generalanwalt in der Rechtssache C-555/07 seine Schlussanträge gestellt. Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Frage der Vereinbarkeit der Richtlinie 2000/78/EG – Verbot der Altersdiskriminierung – mit den nationalen Kündigungsregelungen, wonach bei der Berechnung der Kündigungsfrist die Beschäftigungszeit, die vor der Vollendung des 25. Lebensjahres des Arbeitnehmers liegt, unberücksichtigt bleibt. Der Generalanwalt hält eine altersabhängige Staffelung von Kündigungsfristen (wie hier in § 622 BGB) für europarechtswidrig. Die strittige Regelung soll generell nicht mehr zur Anwendung kommen, unabhängig davon, ob und wann sie geändert wird. Das Urteil des EuGH wird zum Jahresende erwartet. [http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-555/07](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-555/07)
(Svea Bernhöft)

8. Bildung und Jugend

8.1. Grünbuch: „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“

Die EU-Kommission veröffentlichte im Juli ein neues Grünbuch. Es findet sich unter: http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/mobility/com329_de.pdf. Bis zum 15. Dezember können Interessenvertreter die im Grünbuch gestellten Fragen direkt beantworten, parallel

dazu gibt es eine Befragung der breiten Öffentlichkeit mit einem Fragebogen, der sich findet unter: <http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=greenpaper&lang=de>
(Ellen Kray)

8.2. „Sei gesund, sei du selbst“

Die EU-Kommissarin für Gesundheit, Androulla Vassiliou, stellte an einer Konferenz in Brüssel eine neue Initiative vor, die das Ziel hat junge Menschen für die aktive Teilnahme an der Entwicklung der EU-Gesundheitspolitik zu gewinnen. Mehr als 200 Jugendliche aus ganz Europa im Alter von 18 bis 25 Jahren diskutierten mit politischen Entscheidungsträgern und Gesundheitsorganisationen über wichtige Themen wie Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum, körperliche Bewegung und geistige Gesundheit aber auch über die Finanzkrise, Ungleichheiten im Gesundheitsbereich, Bildung und die Rolle der Medien. Teil der Initiative ist die neue Website „Sei gesund, sei du selbst“: http://ec.europa.eu/health-eu/youth/index_de.htm
(Ellen Kray)

8.3. Neue Studie: Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa

Die Europäische Kommission hat am 16. Juli einen Bericht vorgelegt, der sowohl die wichtigsten positiven Trends als auch die zentralen Herausforderungen für die Bildungssysteme in ganz Europa beschreibt. Zu den positiven Seiten zählen: mehr Anmeldungen Vierjähriger an Vorschulen, ein markanter Anstieg der Studierendenzahlen an Hochschulen und ein allgemeiner Trend hin zu längeren Pflichtschulzeiten. Zu den Herausforderungen zähle der demografische Wandel mit dem Rückgang der Schüler- und Lehrerzahlen. Darüber hinaus bestätigt der Bericht einen universellen Trend zu mehr Schulautonomie in Europa. Mehr unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1145&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
(Ellen Kray)

9. Land- und Forstwirtschaft

9.1. Milchmarktkrise: Reaktionen zum Milchmarktbericht der Kommission

Die EU-Kommission hat am 22.7.2009 ihren Milchmarktbericht vorgelegt, der auf Interventionsankäufe, Beihilfen für private Lagerhaltung sowie auf Ausfuhrerstattungen setzt, um die derzeitige Preiskrise zu entschärfen. Neben früheren Direktzahlungen an Landwirte sollen neue Absatzförderprogramme auf den Weg gebracht werden. Zusätzlich wurde der Vorschlag gemacht, erhobene Abgaben bei Quotenüberschreitungen zur Finanzierung für die freiwillige Aufgabe der Milcherzeugung zu verwenden. Die Mitgliedsstaaten könnten zudem intern Beihilfemittel auf den Milchsektor umverteilen und verstärkt Mittel der ländlichen Entwicklung für Milcherzeuger einsetzen. Daneben will die KOM prüfen, ob wettbewerbswidrige Praktiken in der Lebensmittelversorgungskette vorliegen. Der vor allem von Deutschland und Frankreich erhobene Forderung die Milchquotenerhöhung um 1 % nach dem 1. April auszusetzen, kam die KOM nicht nach. Die beiden Staaten bekräftigten in einer gemeinsamen Presseinformation der Landwirtschaftsministerien gegenüber der Kommission, dass der gesamte Bericht wertvolle Vorschläge enthalte, jedoch nicht weit genug gehe, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Ähnlich sahen das Abgeordnete aus dem EP sowie Vertreter der Milchwirtschaft in einer Debatte im Agrarausschuss des Parlaments einen Tag zuvor. Aufbauend auf einem eigenen Initiativbericht wird der Agrarausschuss Kommissarin Fischer-Boel am 1. September zu diesem Thema befragen. Im Parlament betonte Gerd Sonnleitner in seiner Funktion als Vizepräsident von COPA (Ausschuss der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen) das bestehende Ungleichgewicht zwischen der Produktion und den Endverbraucherpreisen und forderte Exportunterstützungen sowie den Quotenrückkauf von Landwirten, die in Ruhestand gehen bzw. auf Milcherzeugung verzichten. Ein Einfrieren der Quote um 5 Prozent forderte der Präsident des European Milkboard (EMB), Romuald Schaber. Er nannte die Situation

„dramatisch“ und gab der EU die Verantwortung für die Krise aufgrund ihrer Quotenpolitik. Weitere Informationen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1172&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> und

http://ec.europa.eu/agriculture/markets/milk/report2009/index_en.htm

(Jörg Ecker)

9.2. Zusätzliche 59 Mio. Euro für Impfungen gegen Blauzungenkrankheit

Neue Formen der Blauzungenkrankheit treten seit 2006 in der EU verstärkt auf. Die europäische Kommission stellt eine zusätzliche Finanzhilfe von 59 Mio. Euro zur Impfung von Schafen zur Verfügung, die die Mortalität und Produktionsverluste verhindern und den Handel in betroffenen Gebieten ermöglichen soll. Langfristig soll die Verbreitung des Virus stark eingedämmt werden.

(Jörg Ecker)

10. Verschiedenes

10.1. Drei neue EU-Kommissare in Brüssel ernannt

Danuta Hübner (Polen) wurde bei den Europawahlen am 07. Juni 2009 ins Europäische Parlament gewählt. Dort nahm sie bereits als neue Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung ihre Arbeit auf. Der neue EU-Kommissar für Regionalpolitik ist ihr Landsmann Pawel Samecki, Ebenfalls ins EP wurde im Juni der ehemalige belgische EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe Louis Michel gewählt. Seine Posten übernimmt der bisherige belgische Außenminister Karel de Gucht. Am 12. Juli 2009 trat Dalia Grybauskaitė ihr am als neue litauische Staatspräsidentin an. Ihre Position als EU Kommissarin für Finanzplanung und Haushalt übernimmt bis zum Ende der Legislatur Algirdas Gediminas Semetas.

(Christian Neumann)